

Waldwanderung 14. Januar 2018

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Sehr geehrte Wald- und Wanderfreunde aus Nah und Fern!

Die Bürgerinitiative „Hände weg vom Liepnitzwald“ deren Vorsitz ich seit 2011 zuerst mit Ralf Geschke aus Lanke und seit vier Jahren gemeinsam mit Angela Kowalick aus Wandlitz ausübe, besteht nunmehr über sechs Jahre als ein loses Bündnis gleichgesinnter Waldschützer.

Im Jahre 2015 wurde das über die Gemeindegrenze hinaus bekannte Engagement unserer Bürgergemeinschaft zum Schutz der Wälder und insbesondere der den Liepnitzsee umsäumenden alten Buchenmischwälder vor den immer mehr ausufernden Flächenbedarfsforderungen für Windkraftprojekte, mit einem Mehrheitsbeschluss der Regionalversammlung Uckermark-Barnim dahingehend gewürdigt, dass wir neben der Bürgerinitiative „Keine neuen Windräder in Crussow“ als zweite BI „Beratendes Mitglied“ im Regionalausschuss Uckermark-Barnim wurden.

In dem bis zum Jahr 2011 für die Region gültigen Regionalplan gab es noch keine Begehrlichkeiten der Windkraftlobbyisten an Waldflächen für den Bau der immer höheren Monstertürme. Man hatte genug zu tun mit dem sich vermehrt in den Dörfern der Uckermark und anderen Brandenburger Landesteilen formierenden Widerstand gegen die zunehmende Landversiegelung von Acker- und Wiesenflächen. Mit der unter rot/roter Rigide begonnenen Umsetzung der Energiestrategie 2030 in Brandenburg, begannen sich die so bedrängten Bewohner der Dörfer in immer mehr Bürgerinitiativen zusammen zu finden und ihre Lebensansprüche zu formulieren. Diesem Widerstand gegen das ungebremste Ausufernd von immer mehr Windkraftstandorten haben sich seither 1.005 Initiativen deutschlandweit angeschlossen. Allein in Brandenburg haben sich in der Volksinitiative „Rettet Brandenburg“ bis heute 120 Initiativen gegen die immer höheren und immer größere Anzahl von Windrädern und die von ihnen ausgehende optische Dominanz sowie akustische Belästigungen der Bewohner vorrangig ländlicher Landschaftsräume zusammen geschlossen. Die vorerst letzte Betroffenenengruppe hat in unserem Nachbarort Lobetal erst vor wenigen Wochen den Kampf gegen den Industrielärm einer 830 m zu ihren Wohnhäusern entfernt errichteten Windmühle aufgenommen. Als wir im Rahmen der Regionalplandiskussion den Stiftungsrat der „Lobetaler Stiftung“ auf das drohende Unheil aufmerksam machten, wiegelte man das als vermeintlich nicht davon Betroffener noch ab. Wie sich jedoch nach der Inbetriebnahme dieses Windkraftwerkes herausstellte, hätte

man besser an unserer Seite gestanden und sich gegen das aufziehende Unheil im Regionalausschuss gemeinsam zur Wehr gesetzt.

Wir haben uns heute ein weiteres mal hier in Ützdorf an einem kalten Januartag zum Protest versammelt, weil man weder in Potsdam, noch Eberswalde und Berlin auf unsere berechtigten Einwendungen eingeht und die sinnlose Zerstörung so wertvoller Kulturlandschaften, wie in unserem Fall den Liepnitzwald beendet.

Bis vor zwei Tagen waren in Berlin die Spitzen der CDU/CSU und SPD beisammen um zu klären, wie man am besten eine Regierung bilden kann, um dem Wählerwillen gerecht zu werden. Die Frage, die sich in Anbetracht der bekannt gewordenen Ergebnisse jedoch stellt ist, will man überhaupt dem Wählerwillen entsprechen? Hat man sich überhaupt der Mühe unterzogen einmal gründlich zu reflektieren, wie und warum es zu dem für die bis dahin regierende Groko ernüchternden Wahlergebnis kommen konnte – was falsch gelaufen ist oder vom Wahlvolk abgelehnt oder eingefordert wird?

An einem Pressebeispiel möchte ich diese Frage zur Diskussion an sie alle weiterreichen und Sie fragen: Fühlen Sie sich jetzt besser und verstanden?

Ich gebe Ihnen hier das Zitat zur Aufgabe des Klimaziels aus dem zum Tagesspiegel zählenden Online-Portal **BACKGROUND Energie & Klima** zur Kenntnis und Bewertung:

„Recherchen bei Union und SPD ergaben, dass diese **Unschärfe** offenbar bewusst eingesetzt wird. Öffentlich wird jetzt nicht mehr klar gesagt, dass das 2020-Ziel nicht zu schaffen ist. So soll **Kanzlerin Angela Merkel** (CDU) die Blöße erspart werden, das von ihr seit zehn Jahren verfolgte Klimaziel 2020 offiziell aufzugeben, das sie noch im Wahlkampf bekräftigt hatte. Gleichzeitig soll die **SPD-Basis**, die bei einem Parteitag am 21. Januar über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen abstimmt, **nicht zusätzlich provoziert werden.**„ Ende des Zitates.

Was bedeutet das aber für uns hier im Barnim oder Brandenburg?

Würden wir einen Ministerpräsidenten haben, der dem was er ankündigt auch Taten folgen lässt, dann wäre ich optimistisch in

Bezug auf ein kommendes Moratorium beim Ausbau der s.g. „Erneuerbaren Energieträger“. Nach seinen Worten war das Maß schon im Jahr 2016 voll, wo von Ihm im Bundesrat die Bedingung für einen weiteren Ausbau der Windkraftstandorte in Brandenburg von der deutschlandweiten Umverteilung der Netzentgelte zwischen allen Bundesländern abhängig gemacht wurde. Wir alle wissen, es kam weder zu einer Umverteilung, noch zum Stopp des Ausbaus hier bei uns. Nicht nur deshalb aber stehen wir heute wieder hier!

Seit wenigen Wochen wissen wir, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, dass Seitens des rot-rot-grünen Senats von Berlin, dessen parteilose für die Bündnisgrünen angetretene Senatorin darüber verhandelt, 8 WKA in den zum WEG Wandlitz gehörenden Berliner Teil des Liepnitzwaldes zu bauen. Betroffen wären rd. 110 ha des 263 ha umfassenden Gebietes westlich der A 11 im Süden von Lanke und über 12 ha würden dauerhaft gefällt werden, was das Waldinnenklima mit unabsehbaren Folgen zerstören wird. Schon morgen Abend wird der Ortsbeirat von Lanke dazu beraten. Er muss sich aber auch mit einer weiteren Misslichkeit befassen. Die alte Kiesgrube soll zur Mülldeponie werden. Für Lanke kann das bedeuten, dass man

- aus Richtung Norden vom Lärm der dann neuen Kiesgrube und den Gestank der künftigen Müllverfüllung der alten Grube sowie den Emissionen der Tierzuchtanlagen erfasst wird.
- Aus Westen vom Lärm, Infraschall und Feinstaub der Bundesautobahn A11, wo es keine Lärmschutzwand gibt und
- im Süden dann bis auf weiteres erst einmal mit dem zeitweisen impulsartigen Lärm, Infraschall, Schattenschlag und Warnblinkfeuer von 8 bis zu 230 m hohe Windkraftwerken

leben muss.

Wer Lanke kennt weiß, es ist und war schon immer ein Erholungs- und Wohnort im Wald an den Seen, kein Industriegebiet! Der künftige Industrielärm der vom WEG Wandlitz ausgehen wird, wird auch die Wohnanlagen der „Hoffnungstaler Stiftung und der ebenfalls dort siedelnden Brandenburger Neubürger zusätzlich zu dem jetzt beklagten Lärm des nur 160m hohen Windrades treffen. Wie verfängt sich da beim Betroffenen die Aussichten der Sondierung, dass man noch eine weitere Ausschreibung für noch mehr Windkraftwerke durchführen will und immer noch keine Speicher für den Überschuss an Strom hat und die Strompreise in Brandenburg dann wohl noch über die derzeitige Marke von 32 Cent/kWh rasant ansteigen werden?

Wir sollten daher die Mitstreiter aus Lanke und Lobetal heute grüßen und Ihnen unserer solidarischen Haltung als Nachbarn im gemeinsamen Kampf gegen eine Vermüllung der wunderbaren Landschaften des Barnim mit immer mehr Industriemühlen und Müll versichern! Seit dem Frühjahr 2012 fahren oder gehen wir gemeinsam mit Ihnen liebe Waldfreunde zur Mahnung und Warnung an alle die jenen in den Liepnitzwald, die entgegen der von alters her hier großflächig angelegten Wald- und Erholungsnutzung, eine Nutzungsänderung zu Gunsten industrieller Windmühlen für eine vagile Stromerzeugung voranbringen wollen.

Dieser Wahnsinn konnte bis heute auf 45 % der Ursprungsfläche von 577 ha auf den östlichen Waldteil begrenzt werden. Die durch Widerspruch der Gemeinde Wandlitz und Stadt Bernau noch immer nicht rechtlich abschließend geklärte Flächennutzung des ausgewiesenen WEG Wandlitz liegt sowohl auf Wandlitzer, als auch Bernauer Gemarkung. In zahlreichen Zuschriften und Widersprüche im Rahmen der Auslegung des Regionalplanes 2016 wurde der Wert dieser Flächen für die Gesunderhaltung der Bevölkerung und der Nutzen für eine intakte Umwelt mit teils sehr fundierten Fakten belegt. Die Gier und das politische Diktat der Landes- und Bundesregierung haben ein Einlenken und Verzicht auf die Inanspruchnahme von Waldflächen in Brandenburg bisher jedoch trotz anderer Teils öffentlicher Absichtserklärungen von SPD Ministern und ebenso Landespolitikern der Linken verhindert.

Vehement gegen den Wald als Industriestandort stemmten sich an der Seite der Bürgerinitiativen durchgängig nur die Landtagsfraktionen von BVB Freie Wähler und der AfD. Hier auf der Ebene des Landkreises standen in den Gemeinden und der Stadt Bernau immer wieder auch parteiübergreifend einzelne politisch aktive Nachbarn der anderen demokratischen Parteien an unserer Seite. Das haben wir dann auch als Sternenstunden gelebter Demokratie in den Kommunen an unsere Mitstreiter weitergegeben. So kam es, dass gemeinsam mit der Stadt Bernau und der Gemeinde Ahrensfelde sowie dem Gemeinderat von Wandlitz die Normenkontrolle einer Reihe von zweifelhaften Regelungen des Planwerkes aus 2016 beantragt wurde. Da es auch weitere solche noch nicht abschließend richterlich entschiedenen Widersprüche gibt, besteht vorläufig für den Regionalplan Uckermark-Barnim nur eine eingeschränkte Wirksamkeit, was auch bei einer gerichtlichen Entscheidung zu unseren Gunsten, zur Neuauflage und dessen nochmaliger Überarbeitung oder einem vollständigen Neubeginn dieser Planung führen muss. Das beträfe dann auch die

Verfahrenswidersprüche zu den Ansiedlungsanträgen für weitere Windräder in Klosterfelde, in Prenden, Lobetal usw. usf.

Für den Liepnitzwald fordern wir von der Landesregierung die Planungsrechtliche Einordnung als Erholungswald im Sinne der Daseinsvorsorge der Landesentwicklungsplanungen der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg.

Wir möchten es zu Beginn dieses Jahres 2018 zudem nicht versäumen, an dieser Stelle uns auch für die Entschlossenheit und Aufgeschlossenheit unserer Gemeindevertretungen gegenüber dem kritischen Bürgerwillen zu bedanken und als Nachbarn ohne Ansehen der politischen Zugehörigkeit jedem gewählten Gemeinde- oder Ortsbeirat die gebotene Anerkennung zollen und ihnen Durchhaltevermögen sowie Erfolg im gemeinsamen Ringen wünschen. Ein solches Stehvermögen wünschten wir uns zukünftig auch bei allen (und darauf liegt die Betonung) Landes- und Bundesvertretern aus dem Barnim und nicht nur hier.

Wir hoffen sehr, dass die Gemeindegremien auch weiterhin standhaft bleiben und sich nicht den Verlockungen der mit der Ausschüttung von weit über 100 Mrd. € an EEG-Umlage so unverhältnismäßig zu Lasten der Stromkunden begünstigten „Investoren“ und deren vielfach mehr als fragwürdigen „Ausgleichsangeboten“ erliegen. Wir im Barnim und der Uckermark bezahlen diese, wie selbst der Ministerpräsident Dr. Woidke unlängst einräumt, gigantische und ungerechtfertigte Umverteilung von unten nach oben mit unserer Stromrechnung und es wird wohl noch viel mehr!

Das damit international nicht um die Gunst von Investitionen in solche unkalkulierbaren Hochkostenräume geworben werden kann, dass kann man offenkundig nun selbst in Potsdam nicht mehr leugnen, nach dem Global Player wie Siemens in Berlin die Zelte abbauen.

Es muss ein Ende haben, dass selbst die Ärmsten über alles Maß erniedrigt und deren Lebensabend in unerträglicher Weise mit EEG-Kosten belastet werden. Auch dafür lohnt es sich heute gemeinsam in den Wald zu gehen und dieses so wundervolle und wertvolle Stück Erde, den Wald zwischen Liepnitzsee, Obersee und Hellsee vor der Gier von Windkraftlobbyisten zu beschützen!

Das eine in Berlin, dank Bürgerentscheid geschützte Industriebrache, das Areal des ehemaligen Flughafens Tempelhof, zufällig eine vergleichbare Größe von 230 ha hat und hier ohne großartig neue

Flächenversiegelung ein Solarenergiekraftwerk direkt neben den Kreuzberger Grünen errichtet werden könnte, statt dafür 263 ha unversiegelte hochwertige Waldfläche in den im Berliner Besitz befindlichen Liepnitzwald zu schänden, dass wollte ich Ihnen für die Diskussion mit auf den Weg zum Abschluss meiner „Sonntagspredigt“ geben. Bitte hinterfragen Sie zukünftig immer die vor allem von „grünen“ Politikern und Windkraftlobbyisten verwendete Floskel „Ökologische Energieerzeugung“ nicht nur in Bezug auf Windräder und insbesondere hier in Wäldern, sondern ebenso bei Güllekraftwerken und Solarflächen sehr gründlich hinsichtlich der tatsächlichen „ökologischen und ökonomischen Faktenlage“.

Herr Prof. Dr. Sinn, Ex-Chef des Münchner IFO-Institutes, hat mehrfach, zuletzt am 18.12.2017, seine Erkenntnisse zum Sinn der Energiewende in einem Beitrag mit der Fragestellung

„Wie viel Zappelstrom verträgt das Netz“

öffentlich vorgestellt. Uns sollte als Strom- und Gebührenzahler erlaubt sein, die Politiker unter uns zu fragen: Weshalb derlei kritische Analyseaussagen nicht im öffentlich rechtlichen Deutschen Fernsehen Eingang ins Programm finden, sondern nur YouTube als Quell der Erkenntnis für Betroffene auch in Brandenburg dienen muss? Einen „Blauen Bus“ durchs Land zu schicken, damit verärgerte betroffene Bürger mal Luft ablassen können ist ganz nett, aber für uns geübte zwischen den Zeilenleser aus dem Osten einfach zu durchsichtig. Wir erwarten hier auch als Wähler einen anderen, für Kritik offenen Politikstil in Zukunft und eine entsprechende öffentliche Technologie offene Diskussion der Energiestrategie 2030 in Brandenburg und Deutschland!

So, nun aber möchte unsere parteilose Bürgermeisterin, Frau Dr. Jana Radant, noch ein paar Worte an Sie richten und danach gehen wir los.

Im Wald wird es an der einen oder anderen Stelle bestimmt noch Gelegenheit zum Meinungsaustausch geben und am Ende an der Schutzhütte sowieso. Wer von den heute hier anwesenden Politikern etwas sagen möchte, den bitten wir diesmal die Bürger auf dem Weg direkt anzusprechen. Ich bedanke mich für Ihr Engagement für den Erhalt dieses uns so sehr ans Herz gewachsenen Buchenmischwaldes – unseren Liepnitzwald!

Hans-Jürgen Klemm
Sprecher
BI „Hände weg vom Liepnitzwald“